



Pfäffikon, 16. Oktober 2021

SP FORDERT NACHZAHLUNG IN PENSIONS-KASSE VON 150 MILLIONEN FRANKEN

In ihrer Vernehmlassung zum Pensionskassengesetz verlangt die SP, dass die vorgesehenen Rentenkürzungen auf maximal 6 % beschränkt werden. Sie fordert hierzu eine Einmaleinlage aus der Kantonskasse und um 1 % höhere Arbeitgebendenbeiträge.

Die allgemeine Rentenentwicklung

Die Erhebung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes mit rund 50 Pensionskassen und über einer Million aktiv Versicherten zeigt, wie sich die allgemeine Rentenentwicklung zuspitzt: Der Umwandlungssatz fällt immer tiefer. Die Versicherten bezahlen immer mehr Beiträge, bekommen aber immer weniger Rente. Und der Druck auf die Renten der 2. Säule wird voraussichtlich noch weiter steigen. Grund sind die tiefen Zinsen, die im Kapitaldeckungsverfahren kaum zu verkraften sind. Die Aussicht auf tiefere Renten und eine spätere Pensionierung in der zweiten Säule belastet einmal mehr die wirtschaftlich Schwächsten. Es besteht die Gefahr, dass diese bis Alter 70 weiterarbeiten müssen, während Bessergestellte mit 64 bzw. 65 Jahren in Rente gehen können. Gegen diese drohende Ungleichheit setzt sich die SP mit aller Kraft zur Wehr.

Korrektur der Fehleinschätzung mit Nachzahlung von 150 Mio. Franken

Die Sozialdemokratische Partei anerkennt die schwierige Situation der Vorsorgelösung im Kapitaldeckungsverfahren aufgrund des aktuellen Tiefzinsumfelds. Sie weist aber entschieden darauf hin, dass die heutige Situation unter anderem eine Folge der letzten Pensionskassenrevision ist. Seit dieser Revision im Jahr 2015 mussten bereits ausserordentliche Sanierungsbeträge in Höhe von total 30.8 Mio. Franken bezahlt werden.

Was die SP bereits im Jahr 2015 anprangerte, hat sich bestätigt: Rückblickend ist klar, dass die Pensionskasse mit zu wenig Kapital ausgestattet wurde. Die Berechnungsgrundlagen im Jahr der Revision gingen von einer Renditeerwartung von 3 % (ab Rechnungsjahr 2012) aus. «Die Realität in den letzten 7 Jahren zeigte dann aber ein anderes Bild», erklärt SP-Kantonsrat Philip Cavicchiolo. «Aufgrund dieser Fehleinschätzung hat der Kanton dazumal die Schwyzer Pensionskasse mit 150 Mio. Franken zu wenig kapitalisiert. Dieser Fehler muss jetzt korrigiert werden.» Die SP fordert deshalb die von der Regierung vorgeschlagene Variante «VPlan 2023» anzupassen und mit einer Nachzahlung über 150 Mio. Franken die Fehleinschätzung aus der letzten Pensionskassenrevision zu korrigieren.

Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge um 1 % auf 13 % sichert die Renten nachhaltig

Auch wenn der Fehler aus der Vergangenheit korrigiert wird, müssten die Leistungen immer noch zu stark gesenkt werden. Deshalb schlägt die SP weiter vor, dass der Arbeitgebendenbeitrag auf 13 % erhöht wird. Damit können die Renteneinbussen auf weniger als 6 % reduziert werden. «Wir von der SP

sind überzeugt», erklärt Kantonsrätin Diana de Feminis, «dass dies ein guter und gerechter Weg ist um die Renten der Schwyzer Pensionskasse nachhaltig zu sichern.» Und auf diesem Weg wird auch der langjährigen guten Arbeit der Kantons-, Bezirks-, Gemeinde- und Kantonalbankangestellten Wertschätzung entgegengebracht. Zudem wird die Pensionskasse im immer stärker werdenden Wettbewerb der Unternehmen um gut ausgebildete Arbeitskräfte besser positioniert.

Für die SP ist klar: Eine Senkung der Rentenleistung von 9 % wäre zu massiv und muss unbedingt verhindert werden. Mit dieser Senkung wären grosse Einbussen im Lebensstandard, speziell für tiefere Lohnsegmente verbunden.

Weitere Auskunft erteilen:

Diana de Feminis, Sisikon/Brunnen, Kantonsrätin SP-Fraktion, +41 76 531 57 11
Philip Cavicchiolo, Galgenen, Kantonsrat SP-Fraktion, +41 79 539 54 56